



**Maria Teresa Henriques de Lancastre**

Universität St. Gallen

Studium: Master in Economics

mariateresa.henriquesdelancastre@student.unisg.ch

Übersetzung: Benedikt Lennartz

## Arm mit 20, reich mit 60?

*Ungleichheit ist keine statische Angelegenheit. Je mehr von den in armen Verhältnissen Geborenen sozial aufsteigen, desto weniger Armut bleibt zurück. Je weniger die Reichen sich abschotten und ihren Reichtum zementieren können, desto öfter sorgt der Wettbewerb für sozialen Abstieg, und desto weniger Reichtum in den Top 1% bleibt bestehen. Mehr Chancengerechtigkeit und soziale Mobilität kann anstössige Ungleichheit vorbeugend verhindern, anstatt im Nachhinein mit progressiven Steuern und grosszügigen Unterstützungszahlungen mühsam und mit hohen Kosten zu korrigieren, was vorher versäumt worden ist. Zudem kann es dem Zusammenhalt in der Gesellschaft nur förderlich sein, wenn mehr von den Aufsteigern und Spitzenverdienern sich an die knappen Verhältnisse zu Beginn ihrer Karriere erinnern. Die Aussicht, selber aufzusteigen und dereinst zu den wirtschaftlich Erfolgreichen zu gehören, mindert das Verlangen nach allzu aggressiver Umverteilungspolitik. Die Politik muss also die richtige Balance zwischen vorbeugenden und korrigierenden Massnahmen in der Verteilungspolitik finden.*

*Christian Keuschnigg und Michael Kogler, Herausgeber.*

*Quelle: Alesina, Alberto, Stefanie Stantcheva, und Edoardo Teso (2017), Intergenerational Mobility and Preferences for Redistribution, American Economic Review 108(2), 521-54.*

John Steinbeck bemerkte einmal, dass der „Sozialismus nie in Amerika Fuss fasste, da die Armen sich selbst nicht als ausgebeutetes Proletariat, sondern als zeitweilig verhinderte Millionäre sehen.“ Sind Menschen toleranter gegenüber Ungleichheit, wenn sie glauben, dass jeder eine Chance auf Erfolg und sozialen Aufstieg hat? Alberto Alesina, Stefanie Stantcheva und Edoardo Teso untersuchten, wie die wahrgenommenen Aufstiegschancen mit der Einstellung gegenüber Umverteilung und Chancenungleichheit zusammenhängen. Die Forscher untersuchten diese Fragen für die USA und vier westeuropäische Länder. Sie stellten die Wahrnehmung von sozialer Mobilität der Haltung gegenüber Einkommensumverteilung gegenüber. In Befragungen erhoben sie die Ansichten über Fairness, die Einschätzung sozialer Mobilität, die politische Haltung und die Einstellung gegenüber dem Staat.

Die Befragten wurden gebeten, die Wahrscheinlichkeit anzugeben, dass ein Kind, welches in das unterste Einkommensfünftel mit den niedrigsten Einkommen geboren wurde, während seines Lebens entweder dort verbleibt oder in eine höhere Einkommensgruppe aufsteigt. In den USA nahmen die Teilnehmer den Grad der sozialen Mobilität optimistischer wahr als die befragten Europäer dies im Hinblick auf ihre eigenen Länder taten. So schätzten Amerikaner die Chance, dass ein Kind vom untersten Fünftel ins oberste aufsteigt, auf 12 Prozent, während Europäer diese mit etwa 10 Prozent bezifferten (siehe Abb. 1). Ebenso wurde das Risiko, im untersten Einkommensfünftel zu verharren, von den Amerikanern mit 32 Prozent geringer wahrgenommen als von den Europäern (35 Prozent).

*Trotz geringerer Einkommensmobilität im Vergleich zu Europa sind US-Amerikaner deutlich optimistischer im Hinblick auf die Chance, dass arme Kinder in der Einkommensverteilung aufsteigen, als Europäer.*



Die soziale Mobilität ist in den USA jedoch geringer und die Aufstiegschancen sind schlechter als in Europa (siehe Abb. 1). Die amerikanischen Befragten überschätzten tendenziell die tatsächlichen Aufstiegschancen, während Europäer diese eher unterschätzten.

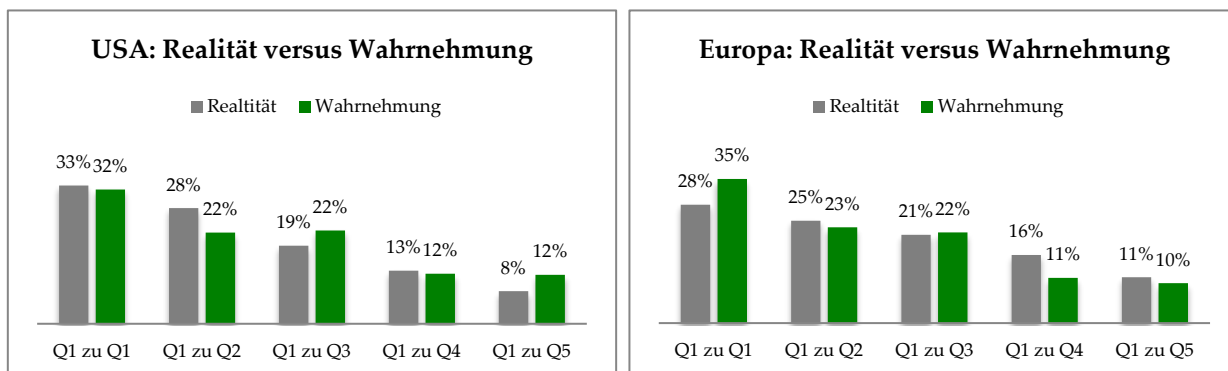


Abb. 1: Wahrgenommene und tatsächliche Aufstiegschancen im untersten Einkommensfünftel in den USA und Europa, Quelle: Alesina u.a. (2017), S. 532.

Die politische Grundhaltung beeinflusst die Wahrnehmung der sozialen Mobilität und die Einstellung zu staatlicher Umverteilung. Personen, die sich politisch eher links verorten, nehmen die Aufstiegsmöglichkeiten in ihrem Land pessimistischer wahr als politisch eher rechtsstehende. Die auffälligste Diskrepanz zwischen diesen Gruppen besteht in ihrer Haltung zu staatlichen Eingriffen mit dem Ziel, die Chancengleichheit zu verbessern. Politisch rechtsstehende Befragte sind zu rund 60 Prozent überzeugt, dass die Lösung der Chancenungleichheit in der Verringerung staatlicher Eingriffe und in der Liberalisierung der Wirtschaft besteht. Hingegen schliessen sich nur 20 Prozent der linksstehenden Befragten dieser Position an.

*Die politische Grundhaltung beeinflusst die Einschätzung der sozialen Mobilität und die Unterstützung staatlicher Umverteilung. Politisch linksstehende Personen nehmen die sozialen Aufstiegschancen als geringer wahr und unterstützen staatliche Eingriffe stärker als politisch rechtsstehende.*

Unabhängig von ihrer politischen Haltung sind sich die Befragten jedoch einig, dass ungleiche Chancen problematisch sind. Deshalb gehen die Forscher von der Hypothese aus, dass Personen, welche die soziale Mobilität als gering einschätzen, Umverteilung stärker befürworten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die pessimistische Einschätzung sozialer Mobilität in einem Land signifikant positiv mit der Unterstützung für Umverteilung einhergeht. Pessimistischere Befragte unterstützten politische Massnahmen, welche die Chancengleichheit erhöhen und die soziale Absicherung verbessern sollen, in stärkerem Umfang. Je optimistischer die Teilnehmer sich gaben, desto negativer beurteilten sie eine solche Politik. Bei politisch linksstehenden Personen zeigte sich dieser Zusammenhang besonders deutlich. Ihre Einschätzung sozialer Mobilität ist demnach mit einer starken Unterstützung von Umverteilung verbunden. Schätzt eine Person die Wahrscheinlichkeit, dass kein sozialer Aufstieg stattfindet und dass ein Kind in der untersten Einkommensgruppe verbleibt, um zehn Prozentpunkte höher ein, so befürwortet sie im Vergleich zum jeweiligen Budgetanteil um 0.2 bis 0.3 Prozentpunkte höhere Ausgaben für mehr Chancengleichheit und bessere sozialer Absicherung. Bei politisch rechtsstehenden Befragten ist dieser Zusammenhang schwächer ausgeprägt.



Eine Korrelation zwischen den Ansichten über soziale Mobilität und dem gewünschten Ausmass staatlicher Eingriffe reicht jedoch nicht aus, einen kausalen Zusammenhang herzustellen. Deshalb führten die Forscher ein kontrolliertes Experiment durch («randomisiertes Informationsexperiment»), welches die Einschätzung der Befragten über die soziale Mobilität unabhängig von ihrer Haltung zu Staat oder Politik herausfiltern kann. Einem Teil der Befragten wurde mitgeteilt, dass Kinder armer/reicher Eltern mit hoher Wahrscheinlichkeit arm/reich bleiben, dem anderen Teil nicht. Im Ergebnis schätzt die ausgewählte Gruppe die Aufstiegschancen schlechter ein als die Kontrollgruppe, welche keinen solchen pessimistischen Hinweis erhalten hat. Demnach führt die Konfrontation mit negativen Informationen zur sozialen Mobilität tatsächlich zu einer pessimistischeren Einschätzung. Dies geschieht unabhängig von der politischen Einstellung der Befragten. Die Information verringert die geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass ein im untersten Einkommensfünftel Geborener in diesem verharnt, signifikant um rund 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig nennen die negativ informierten Teilnehmer eine um 6 bzw. 2 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, dass jemand von dort ins dritte oder vierte Fünftel aufsteigt. Zusätzlich schrumpft der Anteil der Befragten, der der Aussage zustimmt, «Jeder hat die Chance, etwas aus sich zu machen», um 3 Prozentpunkte.

Die statistischen Schätzungen zeigen ähnliche Ergebnisse wie die blossen Korrelationen. Politisch linksstehende Befragte, wenn sie negative Informationen erhalten und daher die soziale Mobilität pessimistischer einschätzen, präferieren Massnahmen, die zu einer stärkeren Umverteilung führen. Befragte, die sich politisch als rechts verorten, tun dies hingegen selbst dann nicht, wenn sie aufgrund des Zusatzhinweises eine pessimistischere Wahrnehmung der Aufstiegschancen haben.

*Eine pessimistischere Einschätzung sozialer Mobilität führt bei politisch links eingestellten Befragten zu stärkerer Zustimmung zu Umverteilung. Dieselbe Wahrnehmung über soziale Mobilität scheint jedoch die Einschätzung staatlicher Eingriffe bei politisch rechts verorteten Befragten nicht zu beeinflussen.*

Ein Grund dafür, dass politisch rechtsstehende Befragte auch bei einer pessimistischen Einschätzung der sozialen Mobilität staatliche Umverteilung kaum unterstützten, liegt in der bei ihnen weit verbreiteten, kritischen Haltung zu staatlichen Eingriffen. Sie sehen den Staat tendenziell eher als Problem denn als Lösung und sind weniger geneigt, Umverteilung zu unterstützen. Eine negativere Einschätzung der sozialen Mobilität verstärkt sogar ihre Auffassung, der Staat könne nicht viel tun, um ungleiche Chancen zu bekämpfen.

Zusammenfassend zeigt die Studie, dass eine optimistische Wahrnehmung von hoher sozialer Mobilität tendenziell eine geringere Unterstützung von staatlicher Umverteilung begünstigt. Werden dagegen die Aufstiegschancen als gering eingeschätzt, nimmt die Unterstützung für Einkommensumverteilung zu. Dieser Zusammenhang besteht besonders bei politisch eher linksstehenden Personen, während politisch rechts vorortete Personen staatlichen Eingriffen grundsätzlich kritisch gegenüberstehen.



---

Die neuesten Forschungsnachrichten der Initiative Next Generation sind:

- 24.01.2018: Macht die Pensionierung gesund oder krank?  
von Sabrina Stadelmann, Studium: PhD in Economics and Finance
- 12.12.2017: Kann Steuerwettbewerb die Politik zähmen?  
von Theresa Goop, Studium: Master in Economics
- 08.12.2017: Familienpolitik auf dem Prüfstand,  
von Corinne Knöpfel, Studium: Master in Quantitative Economics and Finance

Bitte informieren Sie sich auf [www.unisg.ch/economics-nextgeneration](http://www.unisg.ch/economics-nextgeneration) über aktuelle Forschungsergebnisse zu wichtigen wirtschafts- und gesellschaftlichen Herausforderungen und über die Arbeit der Studierenden in den volkswirtschaftlichen Lehrprogrammen der Universität St. Gallen. Die Zusammenarbeit mit der Handelszeitung und die Veröffentlichung der Beiträge im Blog [www.handelszeitung.ch/blogs/free-lunch](http://www.handelszeitung.ch/blogs/free-lunch) fördert die Wahrnehmung in einer breiteren Öffentlichkeit.

Herausgeber: Prof. Christian Keuschnigg, Professor für Nationalökonomie und öffentliche Finanzen und Leiter der gemeinsamen Programmkommission Master in Economics und Master in Quantitative Economics and Finance.